

VORSCHLAG DES NATIONALEN AUSLÄNDERRATES (CNE)

IN ANBETRACHT von Artikel 18 des abgeänderten Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und die Integration von Ausländern in Luxemburg (nachstehend das „**Gesetz**“), in dem festgelegt ist, dass der Nationale Ausländerrat *„ein beratendes Organ ist, das die Aufgabe hat, sich entweder auf eigene Initiative oder auf Ersuchen der Regierung mit den Problemstellungen im Zusammenhang mit Ausländern und deren Integration zu befassen“*, und *„das berechtigt ist, der Regierung jedweden Vorschlag zu unterbreiten, den es im Sinne der Verbesserung der Lebenssituation von Ausländern und ihren Familien für sinnvoll erachtet“*¹;

IN ANBETRACHT des Verfahrens für den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (nachstehend das „**Vereinigte Königreich**“) aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft, über das die britische Regierung den Europarat am 29. März 2017 in Kenntnis gesetzt hat (nachstehend bezeichnet als der „**Brexit**“)²;

IN ANBETRACHT der Folgen des Brexit für die 5950 im Großherzogtum Luxemburg wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs und ihr Recht auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in Luxemburg oder einem anderen Mitgliedstaat;

IN ANBETRACHT dessen, dass das Großherzogtum Luxemburg *„privilegierte“* Beziehungen zum Vereinigten Königreich unterhält. So haben die beiden Länder seit der Londoner Konferenz im Jahr 1867 insbesondere aufgrund der bewegten Geschichte des 20. Jahrhunderts³ besondere Beziehungen aufgebaut und dabei zugleich für einen kontinuierlichen Dialog auf höchster Staatsebene gesorgt⁴.

IN ANBETRACHT dessen, dass sich diese von Respekt und Austausch geprägten Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den vergangenen Jahrzehnten sowohl durch die Komplementarität der Finanzplätze im Vereinigten Königreich und in Luxemburg als auch durch umfangreiche Verbindungen im Bereich der Sprache und der Geisteswelt gefestigt haben. So ist das Vereinigte Königreich ein äußerst wichtiger Partner bei der universitären Ausbildung von Fachkräften für den Finanzplatz Luxemburg und ein unverzichtbarer Partner beim Erlernen der englischen Sprache⁵.

HIERMIT beschließt der Nationale Ausländerrat, der luxemburgischen Regierung (nachstehend die „**Regierung**“) – auf eigene Initiative – einen Vorschlag zu den Folgen des Brexit für die im Großherzogtum Luxemburg wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs zu übermitteln.

Nach einer Beschreibung des Aufenthaltsrechts der im Großherzogtum wohnhaften britischen Staatsangehörigen nach dem Brexit (I) bittet der Nationale Ausländerrat die Regierung um einige Klarstellungen sowohl zu diesem Thema (II) als auch zu Problemstellungen, die mit dem Aufenthaltsrecht verbunden sind (III), woraufhin der Nationale Ausländerrat der Regierung schließlich einige Empfehlungen vorlegt (IV).

INFOLGEDESSEN möchte der Nationale Ausländerrat hiermit folgende Anmerkungen

¹ Veröffentlicht im Amtsblatt „Mémorial A 209“ am 24. Dezember 2008.

² Schreiben des Premierministers des Vereinigten Königreichs an den Präsidenten des Europarats vom 29. März 2017, siehe das Dokument des Europarats XT 2001/17, 29. März 2017.

³ Bildung einer luxemburgischen Exilregierung in London im Zweiten Weltkrieg und die in Luxemburg gefallenen britischen Soldaten

⁴ BAULDRY, Jess, „75 reasons why Lux and the UK are close“, 3. Mai 2018, Delano.lu.

⁵ Zwischen den beiden Ländern gibt es Sprachaustausche und akademische Austausche: Beispielhaft sei hier (für die britische Seite) auf die „Luxembourg Studies“ hingewiesen, die von der Universität Sheffield im Vereinigten Königreich angeboten werden, und (für die luxemburgische Seite) auf die im Großherzogtum aktiven britischen „University Societies“ (z. B. insbesondere die Vereinigungen ehemaliger Studierender der Universitäten in Cambridge und Oxford, der London School of Economics LSE und des King's College), die zeigen, wie aktiv die vielen in Luxemburg lebenden und arbeitenden Absolventinnen und Absolventen britischer Universitäten sind.

I. DAS AUFENTHALTSRECHT DER IM GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG WOHNHAFTEN BRITISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN NACH DEM BREXIT

Nach einer Einordnung des Verfahrens für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU in den Gesamtkontext (1) wird auf das im Europarecht und im nationalen Recht für die Unionsbürger geltende Aufenthaltsrecht hingewiesen (2.1), um zu klären, welches Aufenthaltsrecht nach dem Brexit für die in einem Mitgliedstaat wohnhaften britischen Staatsangehörigen gilt (2.2 und 2.3).

1. Austrittsverfahren

Das Verfahren für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft wird durch Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union (nachstehend der „**EUV**“) geregelt⁶.

Der Austritt erfolgt faktisch durch die Aushandlung eines Austrittsabkommens gemäß Artikel 50 des EUV (*Withdrawal Agreement* bzw. nachstehend das „**Austrittsabkommen**“). Die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union (bzw. der „**EU**“) werden im Rahmen eines gesonderten Abkommens und auf einer anderen Grundlage als dem EUV ausgehandelt⁷.

Am 19. März 2018 einigten sich die Verhandlungsführer auf einen ersten Entwurf des Austrittsabkommens⁸, das insbesondere die Rechte der Bürger behandelt. Am 14. November 2018 wurden die Verhandlungen abgeschlossen⁹, und am 25. November 2018 wurde das Abkommen von den Parteien unterzeichnet¹⁰.

Wenn dieses Austrittsabkommen von den Parteien ratifiziert wird, tritt es im Prinzip am 30. März 2019 in Kraft, wobei ab diesem Zeitpunkt eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2020 vorgesehen ist. Während dieses Zeitraums (2019-2020) findet der gesamte Besitzstand der EU weiterhin auf das Vereinigte Königreich Anwendung, ohne dass Letzteres jedoch am Entscheidungsprozess der EU teilhaben kann.

Da der Fall denkbar ist, dass dieses Abkommen nicht unterzeichnet wird, muss auch diese Hypothese berücksichtigt werden. Sollte der Fall eines Austritts des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen eintreten (*No Deal*), müssten die EU und die Mitgliedstaaten Notfallmaßnahmen ergreifen¹¹.

So wurde beispielsweise in Frankreich ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Regierung der Französischen Republik berechtigt, durch den Erlass von Verordnungen Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu ergreifen (im Fall eines *No Deal*), insbesondere einschließlich einer Reihe von Maßnahmen betreffend das Recht auf Einreise und Aufenthalt britischer Staatsangehöriger in Frankreich¹².

⁶ Veröffentlicht im Amtsblatt „Mémorial A 99“ am 11. Juli 2008.

⁷ „*Political declaration setting out the framework for the future relationship between the European Union and the United Kingdom*“, siehe das Dokument des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union XT 21095/18, 22. November 2018, S. 1-36.

⁸ „*Draft agreement on the withdrawal of the United Kingdom from the EU*“, siehe das Dokument des Europarats TF 50 (2018)35, 19. März 2018, S. 1-30.

⁹ „*Draft agreement on the withdrawal of the United Kingdom from the EU*“, siehe das Dokument des Europarats TF 50 (2018)55, 14. November 2018, S. 1-585.

¹⁰ „*Agreement on the withdrawal of the United Kingdom from the EU*“, siehe das Dokument des Europarats, EUCO XT 20015/18, BXT 110, 25. November 2018, S. 1-2.

¹¹ „*Ein Hard BREXIT kann von einem gänzlichen Ausbleiben eines Abkommens bis hin zu einem oder mehreren Teilabkommen reichen, in denen verschiedene Bereiche unzureichend geregelt werden, die heute durch die Zugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zur EU abgedeckt sind.*“ Siehe die gemeinsame Antwort des Premierministers, des Außenministers, des Wirtschaftsministers und des Finanzministers; parlamentarische Anfrage Nr. 3449, 18. Dezember 2017, S. 1.

¹² „*Projet de loi habilitant le gouvernement à prendre par ordonnance les mesures de préparation au retrait du Royaume-Uni de l'Union Européenne*“, am 3. Oktober 2018 beim Präsidium des Senats registriert, ordentliche Sitzungsperiode 2018-2019, S. 1-80.

2. Anwendbares Recht

2.1. Hinweis auf das im Europarecht und im nationalen Recht für die Unionsbürger geltende Aufenthaltsrecht

Die Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger (nachstehend die „**Richtlinie**“)¹³ regelt die Bedingungen, unter denen Unionsbürger und ihre Familienangehörigen das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt innerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten genießen.

In der Richtlinie ist insbesondere festgelegt, dass sich zum einen die Unionsbürger, die einen gültigen Personalausweis oder Reisepass besitzen, in einen anderen Mitgliedstaat begeben dürfen, ohne dass von ihnen ein Ausreise- bzw. Einreisevisum verlangt werden darf, und dass diese Unionsbürger das Recht auf Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats für einen Zeitraum von über drei Monaten haben, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind und je nach ihrem Status im Aufnahmemitgliedstaat (Artikel 6 der Richtlinie). Darüber hinaus haben die Unionsbürger, die sich rechtmäßig fünf Jahre lang ununterbrochen in einem anderen EU-Mitgliedsstaat aufgehalten haben, das Recht, sich dort auf Dauer aufzuhalten (Artikel 16 der Richtlinie).

2.2. Anwendbares Recht im Fall eines Austrittsabkommens

Der Entwurf des Austrittsabkommens umfasst sechs Teile. Der erste Teil enthält die gemeinsamen Bestimmungen; der zweite Teil behandelt die Fragen betreffend die Rechte und Pflichten der Bürger und hier insbesondere den Aspekt des Aufenthaltsrechts und die diesbezüglich notwendigen Dokumente (siehe die Artikel 13 bis 23 des Entwurfs des Austrittsabkommens).

In Artikel 13 des Entwurfs des Austrittsabkommens ist festgelegt, dass die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs das Recht haben werden, sich nach den Artikeln 21, 45 und 49 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („**AEUV**“) und gemäß einiger Bestimmungen der Richtlinie 2004/38/EG in einem Mitgliedstaat aufzuhalten. Dieses Recht gilt auch für ihre Familienangehörigen. In den folgenden Artikeln des Entwurfs des Austrittsabkommens ist Folgendes geregelt: die Modalitäten der Ausreise aus dem und der Einreise in den Aufnahmemitgliedstaat (Artikel 14 des Austrittsabkommens), das Recht auf Daueraufenthalt (Artikel 15 des Austrittsabkommens), die Kumulierung von Aufenthaltszeiten (Artikel 16 des Austrittsabkommens), das Thema der Aufenthaltsdokumente (Artikel 18 und 19 des Austrittsabkommens), die Beschränkungen des Aufenthaltsrechts (Artikel 20 des Austrittsabkommens) und die Gleichbehandlung (Artikel 23 des Austrittsabkommens). Diesbezüglich ist in Artikel 15 festgelegt, dass die britischen Staatsbürger, die sich rechtmäßig fünf Jahre lang ununterbrochen in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufgehalten haben, das Recht haben, sich dort auf Dauer aufzuhalten.

Artikel 18 des Entwurfs des Austrittsabkommens behandelt das Thema der vom Aufnahmemitgliedstaat verlangten Aufenthaltsdokumente und -titel (*Ausstellung von Aufenthaltsdokumenten*)¹⁴. Diesbezüglich sind im Entwurf des Austrittsabkommens zwei Optionen für den Aufnahmemitgliedstaat vorgesehen:

- die Möglichkeit, von den britischen Staatsangehörigen (einschließlich ihrer Familienangehörigen), die sich in seinem Hoheitsgebiet aufhalten, zu verlangen, als Bedingung für einen Aufenthalt einen neuen Aufenthaltstitel zu beantragen (siehe Artikel 18 (1) des Entwurfs des Austrittsabkommens, der diese Möglichkeit an rund 15 Bedingungen knüpft);
- die Möglichkeit, von den britischen Staatsangehörigen (einschließlich ihrer

¹³ Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 158 vom 30. April 2004.

¹⁴ In die letzte Fassung des Austrittsabkommens wurde ein neuer Artikel 19 aufgenommen, in dem festgelegt ist, dass während des Übergangszeitraums auf freiwilliger Basis ein Antrag nach Artikel 18 Absätze 1 und 4 gestellt werden kann.

Familienangehörigen), die sich in seinem Hoheitsgebiet aufhalten, nicht zu verlangen, als Bedingung für einen Aufenthalt den in Artikel 18 (1) genannten neuen Aufenthaltstitel zu beantragen; die besagten Staatsangehörigen haben dann das Recht, unter den Voraussetzungen der Richtlinie 2004/38/EG einen Aufenthaltstitel zu erhalten (siehe Artikel 18 (4) des Entwurfs des Austrittsabkommens).

2.3. Anwendbares Recht für den Fall, dass es kein Austrittsabkommen gibt

Sollte es kein Austrittsabkommen geben, werden sich die britischen Staatsangehörigen, die am 30. März 2019 keine Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates besitzen, unrechtmäßig im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg aufhalten.

Hieraus folgt, dass die im Großherzogtum wohnhaften britischen Staatsangehörigen, die am 30. März 2019 keine Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates besitzen, in dem Fall, dass es seitens der luxemburgischen Behörden keine ausdrückliche gesetzliche Regelung und/oder Rechtsvorschrift gibt, die es ermöglicht, vom Status eines Unionsbürgers in den eines Drittstaatsangehörigen zu wechseln¹⁵, zu Ausländern ohne Aufenthaltsgenehmigung werden (wovon auch ihre Arbeitgeber betroffen sind)¹⁶.

II. KLARSTELLUNGEN, UM DIE DER NATIONALE AUSLÄNDERRAT DIE REGIERUNG BEZÜGLICH DES AUFENTHALTSRECHTS DER IM GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG WOHNHAFTEN BRITISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN NACH DEM BREXIT BITTET

Mit dem vorliegenden Vorschlag möchte der Nationale Ausländerrat der Regierung eine Reihe von Fragen vorlegen, deren Klärung er für nützlich hält, um die Situation der im Großherzogtum Luxemburg wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs und ihrer Familien nach dem Brexit zu verbessern.

1. Szenario 1 [Deal – Artikel 18(1)]

Für den Fall, dass eine Verständigung über das Austrittsabkommen erzielt wird und sich die Regierung für die Option von Artikel 18 (1) des Entwurfs des Austrittsabkommens entscheidet, die vorsieht, von den im Großherzogtum wohnhaften britischen Staatsangehörigen die Beantragung eines neuen Aufenthaltstitels zu verlangen:

- Der Nationale Ausländerrat möchte zunächst fragen, ob die Regierung prioritär/vorzugsweise Artikel 18 (1) des Austrittsabkommens anwenden wird.
- Beabsichtigt die Regierung für den Fall, dass sie die Option von Artikel 18 (1) wählt, für die Erteilung eines neuen Aufenthaltstitels für die Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs, die weiter im Großherzogtum bleiben möchten, besondere Gebühren zu verlangen? Wie hoch wären solche Gebühren?
- Welchen Zeitplan verfolgt die Regierung für die Einrichtung eines Systems, mit dem es möglich ist, die Anträge der im Großherzogtum wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels und eine Registrierung zu bearbeiten?

¹⁵ Was die Anwendung von Kapitel 3 „Das Einreise- und Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen“ des Gesetzes vom 29. August 2008 über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung ermöglicht

¹⁶ Für den Fall, dass es kein Abkommen geben sollte, hat Nathalie Loiseau (Ministerin für europäische Angelegenheiten im französischen Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten) vor dem französischen Senat festgestellt, dass verhindert werden sollte, dass „ein am 30. März 2019 in Frankreich wohnhafter britischer Staatsbürger dort illegal aufhältig ist bzw. dass ein Arbeitgeber in Frankreich für die Beschäftigung eines britischen Staatsangehörigen ohne Arbeitserlaubnis strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird“, siehe das Protokoll der CS [Sonderausschuss] - *Retrait Royaume-Uni de l'UE [Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU]*, Französischer Senat, Dienstag, 23. Oktober 2018, siehe den Link http://www.senat.fr/compte-rendu-commissions/20181022/cs_brexit.html

- Kann bestätigt werden, dass der neue Status der im Großherzogtum wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs durch ein Papierdokument bescheinigt wird?
- Kann bestätigt werden, dass bei Entscheidungen, die im Rahmen der bei Vorlage eines Aufenthaltstitels durchgeführten Überprüfungen auf etwaige Vorstrafen aus Gründen einer Straffälligkeit über eine Annahme bzw. Ablehnung eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Artikel 18 (1) getroffen werden, die Bestimmungen der Richtlinie 2004/38 und die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beachtet werden?
- Welche Leitlinien beabsichtigt die Regierung bezüglich der Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft (der britischen und der eines anderen EU-Mitgliedstaates) zu verfolgen, damit diese Personen ihre Rechte gemäß dem Austrittsabkommen zusätzlich zu ihren mit der luxemburgischen Staatsbürgerschaft oder der Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates erworbenen Rechte behalten können?

2. Szenario 2 [Deal – Artikel 18(4)]

Für den Fall, dass eine Verständigung über das Austrittsabkommen erzielt wird und sich die Regierung für die Option von Artikel 18 (4) des Entwurfs des Austrittsabkommens entscheidet, die vorsieht, von den im Großherzogtum wohnhaften britischen Staatsangehörigen nicht die Beantragung eines neuen Aufenthaltstitels zu verlangen, wobei die besagten Staatsangehörigen dann das Recht haben, vom luxemburgischen Staat einen Aufenthaltstitel bzw. ein Aufenthaltsdokument zu erhalten.

- Kann bestätigt werden, dass der neue Status der im Großherzogtum wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs im Fall einer Entscheidung für die in Artikel 18 (4) vorgesehene Option durch ein Papierdokument bescheinigt wird?
- Welchen Zeitplan verfolgt die Regierung für die Einrichtung eines Systems, das die Registrierung der im Großherzogtum wohnhaften Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs und die Erteilung eines Aufenthaltstitels ermöglicht?
- Welche Leitlinien beabsichtigt die Regierung bezüglich der Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft (der britischen und der eines anderen EU-Mitgliedstaates) zu verfolgen, damit diese Personen ihre Rechte gemäß dem Austrittsabkommen zusätzlich zu ihren mit der luxemburgischen Staatsbürgerschaft oder der Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates erworbenen Rechte behalten können?

3. Szenario 3 [No Deal]

Für den Fall, dass das Austrittsabkommen von einer der Parteien nicht unterzeichnet bzw. nicht ratifiziert wird (No Deal), hat der luxemburgische Staat keine offizielle Position festgelegt, einen solchen Fall jedoch als „Lose-Lose-Situation“ bezeichnet, da sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU Verlierer wären¹⁷.

- Hat die Regierung eine *Taskforce*¹⁸ eingerichtet, um die Rechte der im Großherzogtum wohnhaften britischen Staatsangehörigen zu schützen, wenn kein Austrittsabkommen zustande kommt?

¹⁷ „Kommt kein Austrittsabkommen zustande, würde dies zu einer Lose-Lose-Situation führen, woran niemand ein Interesse hätte.“ Gemeinsame Antwort des Premierministers, des Außenministers und des Wirtschaftsministers; parlamentarische Anfrage Nr. 3967, 7. September 2018, S. 1.

¹⁸ Es war die Rede von einer „interministeriellen Taskforce zur Überprüfung aller Auswirkungen des BREXIT für Luxemburg, einschließlich der Aspekte, die die britischen Bürger betreffen“. Siehe die Antwort des Außenministers, parlamentarische Anfrage Nr. 2228, 10. August 2016, S. 1.

- Beabsichtigt die Regierung, das Kapitel über die Rechte der Bürger im Austrittsabkommen und dessen damit zusammenhängende Bestimmungen als Austrittsabkommen gemäß Artikel 50 AEUV zu akzeptieren und die anderen EU-Mitgliedstaaten zu ermutigen, dieses Kapitel anzunehmen?
- Wird Luxemburg die Annahme der Bestimmungen betreffend die Rechte der Bürger im Austrittsabkommen in Form eines internationalen Übereinkommens auf der Grundlage einer anderen Bestimmung des AEUV unterstützen? Falls dies nicht der Fall ist, beabsichtigt die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um auf die drängendsten Fragen und Probleme im Falle eines *No Deal* zu reagieren?
- Beabsichtigt die Regierung, bilaterale Verhandlungen mit der britischen Regierung aufzunehmen, um die Problemstellungen zu behandeln, die mit den Renten-, Krankenversicherungs- und Sozialversicherungssystemen verbunden sind, um die verschiedenen diesbezüglich anwendbaren Mechanismen festzulegen?
- Welche Rechtsgrundlage(n) gilt(gelten) im Falle eines *No Deal* ab dem 30. März 2019 für die britischen Staatsangehörigen betreffend das Arbeitsrecht (für abhängig Beschäftigte und Selbstständige), den Zugang zur Gesundheitsversorgung und zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie die Möglichkeit, im Großherzogtum zu studieren?
- Beabsichtigt die Regierung, die Europäische Kommission bei einem *No Deal* zu unterstützen, um die mit dem Aufenthaltsrecht (kurzfristiger und dauerhafter Aufenthalt) verbundenen Probleme zu klären?
- Welche Schritte unternimmt die Regierung, um die britischen Staatsangehörigen entsprechend Artikel 37 des Austrittsabkommens zu begleiten (Informationen, Sensibilisierung, Beratung, Unterstützung)¹⁹? Beabsichtigt die Regierung in diesem Zusammenhang, die nichtstaatlichen Organisationen einzubeziehen, die die im Großherzogtum lebende und arbeitende britische Gemeinde vertreten bzw. dieser Dienstleistungen zur Verfügung stellt?

III. MIT DEM BREXIT ZUSAMMENHÄNGENDE FRAGEN

Der Nationale Ausländerrat möchte die Bewegung, die von der Zivilgesellschaft und den Körperschaften in Luxemburg und anderen Ländern im Hinblick auf die Formulierung von Antworten auf die mit dem Brexit verbundenen Probleme im Großherzogtum in Gang gesetzt wurde, unterstützen und die jeweiligen Akteure in ihrem Vorgehen nachdrücklich bestärken (1) und die Regierung einladen, über einige mit dem Aufenthaltsrecht verbundene Fragen nachzudenken (2).

1. Reaktion der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Brexit lassen sich schwer vorhersagen. Nach Ansicht des Statistikamts STATEC bergen sie Risiken, eröffnen zugleich jedoch auch Chancen²⁰. Die meisten britischen Staatsangehörigen, die in Luxemburg arbeiten, findet man in den europäischen Institutionen und im privaten Sektor (insbesondere im Kontext des Finanzsektors). Es handelt sich um Erwerbstätige mit Hochschulabschluss, die in den vom Brexit betroffenen Arbeitsmarkt integriert sind. Die ersten Untersuchungen vor Ort lassen davon ausgehen, dass die britischen Staatsangehörigen sich mit dem Großherzogtum verbunden fühlen und den Wunsch haben, in

¹⁹ Die britischen Vereine (<https://britishineurope.org>) haben „*The British in Europe No Deal Checklist*“ veröffentlicht, um im Vorfeld einige praktische Probleme zu behandeln; dies schließt insbesondere die Empfehlung ein, eine ganze Reihe von Belegen zusammenzustellen (Rechnungen, Lohn- und Gehaltsabrechnungen, ...), da es in einigen Mitgliedstaaten schwierig ist, die Aufenthaltsdauer nachzuweisen.

²⁰ LARUE, Bastien, „*Regards I 05 sur l'impact potentiel du Brexit*“, in „Publication périodique“ des Statistikamts STATEC, Februar 2017, S. 1-4.

diesem Land zu bleiben²¹. Diese Grundeinstellung wird auch an dem Wunsch britischer Staatsangehöriger erkennbar, die luxemburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben (laut STATEC allein 930 Personen im Jahr 2017).

Vor diesem Hintergrund bestand die Reaktion der Zivilgesellschaft vor allem darin, den Verein **BRILL** (*British Immigrants Living in Luxembourg*) zu gründen, um die Rechte der in Luxemburg lebenden britischen Staatsangehörigen zu schützen und über ein fachlich komplexes Thema aufzuklären. Dieser Verein hat bereits erfolgreich mehrere Konferenzen zum Brexit für die britischen Staatsangehörigen veranstaltet. Darüber hinaus hat BRILL Beziehungen zu den staatlichen Stellen aufgebaut, um gegenüber den luxemburgischen und in gewissem Umfang auch den europäischen Institutionen als glaubwürdiger Gesprächspartner aufzutreten²².

In diesem Sinne ist BRILL mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern (insbesondere aus dem Außenministerium) zusammengekommen, um über den Brexit und das pragmatische Vorgehen zu diskutieren, das die Regierung verfolgen möchte²³.

2. Problemstellungen, die mit dem Aufenthaltsrecht verbunden sind

Der Nationale Ausländerrat möchte die Regierung bitten, weitere Fragen/Anliegen betreffend den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Hochschulausbildung und sonstige Probleme (Grenzgänger, Wohnungswesen, ...) zu berücksichtigen.

2.1. Arbeitsmarkt (öffentlicher Dienst in Luxemburg)

- Die britischen Staatsangehörigen möchten vom luxemburgischen Staat die Bestätigung erhalten, dass ihre jeweiligen Arbeitsverträge nicht vom Brexit betroffen sein werden²⁴.

2.2. Hochschulausbildung

- Viele Einwohner Luxemburgs gehen in das Vereinigte Königreich, um dort zu studieren (unabhängig davon, ob sie aus dem Vereinigten Königreich stammen oder nicht); wird die Regierung bilaterale Abkommen im Bereich der Bildung und über den Zugang zu den Universitäten in beiden Ländern abschließen?
- Welche Auswirkungen wird es auf den Englischunterricht in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen geben (insbesondere im Hinblick auf den Zugang der Sprachlehrer/-innen mit britischer Staatsangehörigkeit zum luxemburgischen Arbeitsmarkt)?

2.3. Sonstige Themen

- Besondere Situation der Grenzgänger mit britischer Staatsangehörigkeit
- Auswirkungen auf den Immobilienmarkt in einem bereits heute schwierigen Umfeld (aufgrund der steigenden Zahl von Erwerbstätigen im Finanzsektor)

²¹ „The primary empirical data on which our small study is built, suggest that the majority of British lawyers seek to consolidate their private and professional situations in Luxembourg“, KRESLINA, Endija, PROSKUROVSKA, Anetta, SIKHARULIDZE, Tea, DORRY, Sabine, „How does BREXIT and its potential restricted movement of people affect high-skilled UK passport holders in Luxembourg's service economy ?“, Les rapports du LISER, Juli 2017, S. 1-19.

²² Als gutes Beispiel für die Arbeit an der Aufklärung über dieses Thema und der Sensibilisierung für die Fragen betreffend die in Luxemburg lebenden britischen Staatsangehörigen ist auf die Konferenz vom 8. November 2017 im *European Convention Center* hinzuweisen, an der die Ministerin für Integration, der Botschafter des Vereinigten Königreichs, der Europaabgeordnete Charles GOERENS und die Vertreterin der Europäischen Kommission in Luxemburg teilgenommen haben.

²³ Post auf @BritsLux Facebook (Facebook-Konto von BRILL) 13:07, 13. Oktober 2018.

²⁴ Bezüglich des öffentlichen Dienstes der EU wurde die Vorgehensweise von den entsprechenden Institutionen erläutert; sie fällt nicht direkt in den Zuständigkeitsbereich der Regierung.

IV. EMPFEHLUNGEN

HIERMIT möchte der Nationale Ausländerrat der Regierung folgende Empfehlungen vorlegen:

1. Für den Fall, dass das Austrittsabkommen von allen Parteien ratifiziert werden sollte:

- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, Artikel 18 (4) des Austrittsabkommens anzuwenden, da die im Großherzogtum lebenden britischen Staatsangehörigen bereits registriert und den luxemburgischen Behörden bekannt sind²⁵.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, ein offizielles Dokument zu veröffentlichen, mit dem der Status der im Großherzogtum lebenden britischen Staatsangehörigen gemäß dem Austrittsabkommen bestätigt wird, und diese Information bestmöglich zu verbreiten.

2. Für den Fall, dass das Austrittsabkommen von einer der Parteien nicht ratifiziert werden sollte:

- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, die geeigneten gesetzlichen Bestimmungen und Rechtsvorschriften zu verabschieden, um den Status der britischen Staatsangehörigen im Hinblick auf den Aufenthalt, den Zugang zum Arbeitsmarkt und alle sonstigen Themen zu regeln.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, alle von den britischen Staatsangehörigen gemäß der Richtlinie 2004/38/EG erworbenen Aufenthaltszeiten zu berücksichtigen, wenn es darum geht, ihren Status und ihre Rechte als Drittstaatsangehörige im Hinblick auf luxemburgisches Recht und das Europarecht zu klären.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, die britischen Staatsangehörigen aufzufordern, sich vor dem 29. März 2019 (mit einem Wirksamwerden am 30. März 2019) auf freiwilliger Basis als Drittstaatsangehörige registrieren zu lassen.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, die Einführung eines flexiblen, einfachen und auf staatlicher Ebene zentralisierten Registrierungsverfahrens zu ermöglichen, um unterschiedliche Auslegungen und Umsetzungen auf kommunaler Ebene zu vermeiden.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung im Hinblick auf die Zuständigkeit der kommunalen Ebene, das dortige Personal zu schulen und diesbezüglich geeignete Verfahren einzuführen.
- Der Nationale Ausländerrat empfiehlt der Regierung, die nichtstaatlichen Organisationen einzubeziehen, die die im Großherzogtum lebende und arbeitende britische Gemeinde vertreten bzw. dieser Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

3. Sonstige Anmerkungen:

- Der Nationale Ausländerrat hat den Wunsch, dass das Thema der künftigen bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Hinblick auf die entscheidenden Aspekte für den Finanzplatz Luxemburg in punkto Zugang zum Finanzmarkt und zur Hochschulbildung im Sinne der luxemburgischen und der britischen Bevölkerung diskutiert und verhandelt

²⁵ Der Nationale Ausländerrat möchte darauf hinweisen, dass 60 % der britischen Staatsangehörigen gemäß der Richtlinie 2004/38/EG als Personen gelten, die ihren ständigen Wohnsitz in Luxemburg haben. Die Lösungen, die das Austrittsabkommen in Artikel 18 (4) bietet, könnten problemlos und mit geringen Kosten von der luxemburgischen Verwaltung umgesetzt werden (insbesondere im Hinblick auf die Registrierung bei den Gemeinden).

wird.

- Der Nationale Ausländerrat, der die Unionsbürger und die Drittstaatsangehörigen vertritt, möchte mit seiner letzten Empfehlung die Initiativen der Regierung bezüglich des Zugangs zur luxemburgischen Staatsangehörigkeit unterstützen und dafür eintreten, dass an dieser „auf Inklusion ausgerichteten Politik der öffentlichen Hand“ festgehalten wird.

Abfassung des Vorschlags durch die Unterarbeitsgruppe für den Brexit:

William L. SIMPSON (Vertreter der britischen Staatsangehörigen) und Graham S. JARVIS (ehemaliger Vertreter der britischen Staatsangehörigen)

Diskutiert und genehmigt im Ausschuss „Migranten und Grenzgänger“ am 4. Dezember 2018

Diskutiert und genehmigt vom nationalen Ausländerrat am 19. Dezember 2018

Vom Präsidenten des Nationalen Ausländerrats an den zuständigen Minister weitergeleitet

Unterschrift: <Avena>

Datum: 19.12.2018